

Abo **Historischer Sanktionen-Entscheid**

Wie sieht die Neutralität der Zukunft aus?

Die Schweiz habe mit der Übernahme der Russland-Sanktionen eine tief verwurzelte Tradition aufgegeben, heisst es im Ausland. Und hierzulande? Aussenpolitiker fordern eine Neutralitätsdebatte.



Gregor Poletti
Publiziert: 01.03.2022, 21:17



Die Neutralitätspolitik der Schweiz stand selten so stark im internationalen Fokus: Zuerst gab es viel Schelte für den Bundesrat. Am Wochenende kam etwa «Bild am Sonntag» zum Schluss, dass die Schweiz unter dem Vorwand der Neutralität schon immer gerne Geschäfte mit «Despoten, Diktatoren und Oligarchen» gemacht habe.

Nach der Ankündigung von Bundespräsident Ignazio Cassis am Montag, dass die Schweiz sich den EU-Sanktionen gegen Russland doch noch anschliessen werde, war etwa für die «New York Times» klar, dass das Land damit die **«tief verwurzelte Tradition der Neutralität aufgegeben» habe**.

Breite Zustimmung für Grundsatzdebatte

Viele Schweizer Aussenpolitiker sind alarmiert. Die Kommentare, etwa in der «New York Times», zeigten klar, dass die Schweiz nicht mehr als neutral wahrgenommen werde, ist etwa der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, Franz Grüter (SVP), überzeugt.

Noch deutlicher wird sein Parteikollege Nationalrat Roger Köppel: Der Bundesrat sei eingeknickt und habe einen Neutralitätsbruch begangen.



Auch bei der Mitte ist man besorgt. «Beim gerechtfertigten Nachvollzug der EU-Sanktionen durch den Bundesrat handelt es sich um eine grosszügige Auslegung des Neutralitätsbegriffs», sagt Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Jetzt müsse man eine Neutralitätsdebatte führen, dies nicht nur im Hinblick auf die aktuelle Krise.

Dieser Vorschlag stösst auf breite Zustimmung. So twitterte die Aussenpolitische Kommission des Ständerates, man habe einen Bundesratsbericht über Neutralitätspolitik für die nächste Kommissionssitzung andiskutiert. Indes ist die Motivation für einen solchen Bericht oder eine vertiefte Diskussion über die künftige Ausrichtung der schweizerischen Neutralitätspolitik je nach Parteizugehörigkeit höchst unterschiedlich.

Es sei unzweifelhaft, so SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, dass die Neutralitätspolitik unter der Ägide von Aussenminister Ignazio Cassis und dem Druck der SVP vor allem mögliche negative wirtschaftliche Konsequenzen im Fokus gehabt habe. Hier brauche es eine Kurskorrektur.

Keine automatische Übernahme von Sanktionen

Für Grüter von der SVP ist klar, dass es nicht soweit kommen dürfe, dass der Bundesrat solche Sanktionen automatisch übernehme. Er müsse auch künftig selber entscheiden, welche er mittragen wolle und welche nicht. Schneider-Schneiter ihrerseits möchte die Neutralitätsdebatte in einen breiteren Kontext stellen und dabei auch die Einbindung der Schweiz in die verschiedenen Staatengemeinschaften berücksichtigen.

Das Neutralitätsrecht sei klar definiert und habe sich bewährt, betont dagegen FDP-Ständerat Damian Müller. Im Embargogesetz würden die Grundsätze der Teilnahme der Schweiz an internationalen Sanktionen definiert. Dieses besage, dass die Schweiz Sanktionen der wichtigsten Handelspartner übernehmen könne, wenn sie der Einhaltung des Völkerrechts diene. «Im aktuellen Konflikt ist Russland der Rechtsbrecher. Deshalb ist der Entscheid des Bundesrates richtig,» sagt Müller.

«Die Schweiz konnte aus der Neutralität immer wieder geschickt politisch und wirtschaftlich Kapital schlagen.»

Historiker Sacha Zala

Für Sacha Zala, Historiker und Direktor der Forschungsstelle Dodis, kommt die Einschätzung vieler ausländischer Kommentatoren nicht von ungefähr: «Die Schweiz konnte aus der Neutralität immer wieder geschickt politisch und wirtschaftlich Kapital schlagen. Deshalb überschätzen viele Kommentatoren den jetzigen Entscheid als Kehrtwende.» Schliesslich werde dieser vor allem humanitär begründet.

Abo **Chronik eines historischen Entscheids**
So kam es zu den Schweizer Sanktionen gegen Putin

Alles zum Krieg in der Ukraine
News, Grafiken und Hintergründe zum Einmarsch von Russland in die Ukraine

Die derzeit in der Schweiz laufende Diskussion bezeichnet Zala aber als Scheindebatte: «Dieser Diskurs über eine Neuausrichtung der Neutralität ist verlogen, da die Schweiz diese immer so gestaltet hat, um sie durchaus legitimieren Interessen möglichst gut zu bewahren.» Die schweizerische Neutralität sei mehr innenpolitisches Identifikationsmerkmal und Rechtfertigungsgrund als aussenpolitisches Gebot.

Neutralität ist sehr beliebt

«Ehrlicherweise müsste die Schweizer Politik eine Debatte darüber führen, wie sie ihre Aussenpolitik gestalten will», sagt Zala, und das habe herzlich wenig mit dem völkerrechtlichen Konzept der Neutralität zu tun. Im 20. Jahrhundert sei die Schweiz mit der Neutralität gut gefahren, aber theoretisch könnte man dabei ja auch zum Schluss kommen, dass diese ausgedient habe.

Nur dürfte das beim Schweizer Volk schlecht ankommen: Die Neutralität erhält in den jährlichen Sicherheitsstudien der ETH jeweils eine Unterstützung weit über 90 Prozent. Allerdings nimmt der Anteil der Menschen leicht zu, welcher der De-facto-Aufgabe der Neutralität zustimmt.

Gregor Poletti ist Inland-Redaktor und seit über 30 Jahren im Journalismus tätig. Alles was gesellschaftspolitisch bewegt, lässt ihn die Tasten greifen - von Tempo 30 bis zur Sterbehilfe. [Mehr Infos](#)

Publiziert: 01.03.2022, 21:17

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)